

Entschlüsse gekommen, unter den obwaltenden allgemeinen Verhältnissen einer parlamentarischen Thätigkeit zu entsagen, und kann mithin dem ehrenvollen Rufe keine Folge leisten.

Berlin, den 2. October 1849. Waldeck.

Wann werden die Ursachen der nun schon fünftehalbmonatlichen Haft ans Tageslicht treten? — so fragt Jedermann, dem auch nach den neuesten Enthüllungen und gerade deshalb dieser Prozeß ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist. Alles hofft auf die öffentliche Schwurgerichtssitzung, deren Tag doch endlich herankommen muß. Aber noch ist nicht einmal die Anklageakte gefertigt; es kann also von Ansetzung eines Termins in der Sache noch gar nicht die Rede sein.

Bremen, 10. October. Briefen aus Frankfurt zufolge wird der Erzherzog Reichsverweser demnächst in unserer Stadt zur Befestigung der auf der Weser liegenden Kriegsflotte zu erwarten sein.

Altona, 9. Oct. Die Preußen haben vorgestern die Ordre erhalten, sich nach Schleswig marschfertig zu halten. Zugleich ist bei der altonaer Eisenbahn-Direktion angefragt, ob sie das Militär stündlich befördern könne, was verneinend beantwortet wurde, da die Statthalterschaft den Truppen-Transport untersagt habe. Die Preußen würden nun entweder in der Lage sein, sich eines Eisenbahnzuges mit Gewalt zu bemächtigen und dann schwerlich einen Maschinenisten bewegen, den Zug zu führen, oder sie würden marschiren müssen, was mißlich ist, da der Marsch dann wie durch Feindes Land gehen wird. — Der Commandeur der „Gefion“ hat von der Central-Gewalt Depeschen über den künftigen Ankerplatz des Reichs-Schiffes erhalten.

Hannover, 11. Oct. Der Minister Graf v. Benningsen ist gestern Abend von Wien wieder zurückgekehrt, nachdem er sich auf der Rückreise auch mehrere Tage in Berlin aufgehalten hat. Außer der Flotten-Angelegenheit scheint die deutsche Frage der Grund dieses Aufenthaltes gewesen zu sein. Die Verhandlungen zwischen Oesterreich, Sachsen und Hannover sollen zu einem alle drei Staaten befriedigenden Resultate geführt haben und ein Directorium als die zweckmäßigste Regierungsform für Deutschland anerkannt und aufgestellt sein. Da es aber mehr als zweifelhaft schien, daß Preußen sich einer solchen Aufstellung sofort geneigt zeige oder gar Hannover so ganz sans fagon von den durch das Bündniß vom 26ten Mai eingegangenen Verpflichtungen entbinde, so hat man wohl vorläufig den Berliner Grund und Boden sondiren wollen — denselben aber anscheinend nicht ganz günstiger Natur gefunden. — Hannover hat in Berlin gegen die Zusammenberufung des Reichstages protestiren lassen und, wie man vernimmt, als Grund dieses Protestes außer dem bereits bekannten Vorbehalte der Theilnahme aller deutschen Staaten die Behauptung aufgestellt, ohne Genehmigung der Stände nicht weiter gehen zu können. Ob nun aber, nachdem man ohne Stände einmal so weit gegangen, dieser letztere Grund besonders haltbar ist, das ist eine Frage, die wohl kaum günstig für die Regierung beantwortet werden kann. — Die Stände-Versammlung soll auf Mitte künftigen Monats einberufen werden.

Detmold, im Octbr. Unser Landtag hatte in der Sitzung vom 31. Juli d. J. auf Antrag des Abg. Hausmann mit 13 gegen 9 Stimmen beschlossen, das Schulgeld aufzuheben und die Befoldung der Lehrer auf die Staatskasse zu übernehmen. Durch Rescript vom 18. September machte die Regierung dem Landtage Anzeige, daß sie es ablehnen müßte, die landesherrliche Sanction des Beschlusses zu befördern.

Das betreffende Schreiben der Regierung wurde an eine Commission überwiesen, die heute ihren Bericht erstattete. Sie bedauerte die Verweigerung der Sanction, verwahrte sich gegen alle daraus herzuleitenden Konsequenzen und sprach die zuversichtliche Erwartung aus, die Regierung werde das Schulgeld vom 4. Quartale ab nicht mehr erheben lassen, auch für den Fall, daß wieder Erwarten das Schulgesetz noch nicht publicirt sein sollte.

Frankfurt, 9. Oct. In diesen Tagen findet eine größere Versammlung der Gothaer hochgelehrten Staatsmänner statt. Das Dreikönigsbündniß scheint einer neuen Arznei zu bedürfen, und diese Herren leben einmal in dem süßen Gedanken, daß Niemand hierzu berufener und geschickter sei, als ihre Personen. Der hier stets anwesend gewesene Ausschuß mit den bekannten Herren Wasser- mann und Mathy an der Spitze hatte unausgesetzte Conferenzen und will über seine Thätigkeit, d. h. über sein Wählen im separatischen preussischen Sinne, Bericht abstaten. Es werden dabei wohl die verschiedenen Zeitungsartikel in klein-deutschen Blättern und die erwirkten Röhörungen einzelner Personen und Staatsmännerchen der Hauptgegenstand über die Oberpostamtszeitung, indem der Fürst Laxis und sein General-Director, Herr v. Dörnberg, anderen Sinnes, sich endlich entschlossen haben sollen, das bisherige Personal zu ändern. Die Versammlungen der klein-deutschen Wählerauschüsse sollen immer noch bei einer Frau Koch-Goutard, die, wie man sagt, auch ihre Weisheit beiträgt, stattfinden, und der Volkswitz hat

deshalb nicht unterlassen, dieser Dame einen geeigneten Spitznamen anzuhängen. Nach abgehaltenen Sitzungen begibt sich Gagern nach Bremen, um dort der Taufe eines Schiffes beizuwohnen, das seinen Namen erhält, wahrscheinlich um ihn in 10 Jahren oder noch früher zu ändern. So führt also ein Schiff und der kleine Duckwig, Sohn des gewesenen Reichshandelsministers, den Namen Dessen, auf den Deutschland einst so viel Hoffnung setzte, aber bitter getäuscht wurde. Der Spott sagt, daß Gagern nächsten von sämmtlichen Fürsten des Dreikönigsbündnisses canonisirt würde, damit das Söhnchen Duckwizens doch einen Heiligen zum Schutzpatron hat, und nicht den eines leiblichen Menschen, über dessen Ende, Leben oder Treiben noch gar viel Wege möglich sind. D. Wkbl.

Frankfurt, 9. Oct. Vor einigen Tagen ist von Oesterreich die Centralgewalt angewiesen worden, Achtzigtausend Gulden zur Befreiung der Festungsbautea und sonstigen Reichsbedürfnisse zu erheben. Gestern ist denn auch dieses Geld bei dem Bankierhaus Rothschild erhoben worden. Gleichzeitig sind von Bayern zu demselben Behuf vierzigtausend Gulden angekommen.

Die Oesterreich inne wohnende Kraft hat in der That hinsichtlich ihrer Außerordentlichkeit etwas Räthselhaftes. Während seine verschiedenen Länder aufgelockert waren, Ungarn und Italien im Aufstand, Wien in den Händen von Feinden, hat es bei dem ungeheuren Kostenaufwand nie aufgehört, in seinen friedlichen Ländern die ungeheuersten Bauten, wie die jüngste Laibacher Bahn, fortzusetzen und zu vollenden.

Frankfurt, 11. Oct. Die verfassungsgebende Versammlung für den Freistaat Frankfurt hat gestern die durch mehrere Sitzungen fortgeführte Verathung eines der wichtigeren Gesetze, welche im Gefolge der deutschen Grundrechte nothwendig geworden sind, des Gesetzes über die Einführung der Standesbücher und der Civil-Ehe, zu Ende geführt. An die Stelle der Kirchenbücher treten die Standesbücher, geführt von einem Civilstands-Beamten, welchen nicht der Staat, sondern die Gemeinde ernennt. Die Ehe wird öffentlich vor dem Bürgermeister und wenigstens zwei Zeugen abgeschlossen. — Ich höre so eben, daß von Seiten Oesterreichs der Feldmarschall-Lieutenant Heß und Baron Werner zur Bildung der Central-Gewalt designirt sind.

Frankfurt, 11. Oct. Die „Weser-Zeitung“ behauptet in ihrer Nr. 1818: „Die deutsche Flotte auf der Weser habe vom Reichsministerium den Befehl erhalten, sich auf den 15. October segelfertig zu halten.“ — Vom Reichsministerium ist ein solcher Befehl niemals ertheilt worden, jene Nachricht vielmehr eine Kluge, deren Erfindung, so viel uns bis jetzt bekannt, der „Weser-Zeitung“ gehört.

Frankfurt, 12. Oct. Die durch Herrn v. Bieleben im Auftrag des Reichsministeriums in Berlin und Wien geführten Verhandlungen wegen Schaffung einer neuen provisorischen Centralgewalt haben, wie die Zeitungen darüber bereits gemeldet, zu den gewünschten Resultaten geführt. Die Convention über Schaffung einer — unter dem Namen Bundescommission zu Frankfurt residirenden — neuen provisorischen Centralgewalt ist am 30. Septbr. zu Wien vom Fürsten Schwarzenberg und dem königl. preussischen Gesandten Grafen Bernstorff unter Vorbehalt einer 10tägigen Frist für Ratification seitens des Berliner Cabinets vollzogen worden. Sie Ratification von Seiten der königl. preuss. Regierung ist am 9. d. M., die Zustimmung Sr. kaiserl. Hoh. des Reichsverwesers bereits am 6. d. M. erfolgt.

Folgendes ist der Wortlaut dieser Convention:

§. 1. Die deutschen Bundes-Regierungen verabreden im Einverständnis mit dem Reichsverweser ein Interim, wonach Oesterreich und Preußen die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund im Namen sämmtlicher Bundes-Regierungen bis zum 1. Mai 1850 übernehmen, in so fern diese nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann.

§. 2. Der Zweck des Interims ist die Erhaltung des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereins der deutschen Fürsten und freien Städte zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der inneren und äußeren Freiheit Deutschlands.

§. 3. Während des Interims bleibt die deutsche Verfassungs-Angelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Dasselbe gilt von den nach Art. 6 der Bundesacte dem Plenum der Bundes-Versammlung zugewiesenen Angelegenheiten.

§. 4. Wenn bei Ablauf des Interims die deutsche Verfassungs-Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gediehen sein sollte, so werden die deutschen Regierungen sich über das Fortbestehen des hier getroffenen Uebereinkommens vereinbaren.

§. 5. Die seither von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, in so weit dieselben nach Maßgabe der Bundes-Gesetzgebung innerhalb der Competenz des engeren Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, werden während des Interregnums einer Bundes-Commission übertragen, zu welcher Oesterreich und